

Deutsche Allgemeine Zeitung.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Donnerstag, 2. October 1879.

Inserate

nach an die Expedition in Leipzig zu senden.

Inserationsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf., unter 50 Pf.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 30. Sept. In der am 29. Sept. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde zunächst von der Ernennung des großherzoglich badischen Finanzrathes Scherer zum stellvertretenden Bevollmächtigten für das Großherzogthum Baden Mitteilung gemacht. Sodann wurden Vorlagen betreffend a) die Tagelöhner, Fuhrkosten und Umzugskosten der Reichsbeamten, und b) die Desinfection der Eisenbahnwagen im Verkehr mit Belgien den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Ueber Anträge wegen Befestigung erledigter Stellen bei den Disciplinarbehörden sowie Befestigung der bei der Pensionierung anrechnungsfähigen Dienstzeit mehrerer Beamten wurde Beschluß gefaßt. Demnach schritt die Versammlung zur Wahl von Mitgliedern der Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds auf eine dreijährige Periode vom 1. Oct. d. J. ab. Die Wahl fiel auf den königlich bairischen Oberregierungsrath Frhn. v. Rastfeldt, den königlich sächsischen Wirkl. Geheimrath v. Rostig-Wallwitz und den großherzoglich badischen Finanzrath Scherer. Weiter wurden die bisherigen Mitglieder der Reichs-Schuldencommission wiedergewählt. Den Schluß bildete die Verlegung von Eingaben, welche den betreffenden Ausschüssen zugetheilt wurden.

Strasburg i. E., 30. Sept. Nachdem der Oberpräsident v. Müller gestern eine große Anzahl Abschiedsbefuche von den Präsidenten und Mitgliedern des Landesauschusses und andern Beamten sowie von dem Directorium der Kirche Augsburgerischen Confession und von verschiedenen Rotabeln empfangen und sich heute Vormittag von seinen Beamten verabschiedet hatte, hat derselbe heute Mittag um 1 Uhr 10 Min. seine Abreise über Mainz, Frankfurt und Kassel angetreten. Im Bahnhofe hatten sich der Gouverneur General v. Schlopp, die Generale Bauer und v. Bismark, und die Spitzen der Civil- und Militärschulen versammelt. Der Abschied war ein überaus herzlicher, mehrere Damen überreichten Bouquets. Als der Zug die Bahnhofshalle verließ, wurde ein dreimaliges Hoch angebracht. Der Statthalter General-Feldmarschall v. Manteuffel wird erst morgen erwartet. Der Unterstaatssecretär Herzog ist heute Nachmittag 2 1/2 Uhr eingetroffen und auf dem Bahnhofe von zahlreichen Beamten empfangen worden.

Strasburg i. E., 30. Sept. Der Oberpräsident v. Müller veröffentlicht folgendes: Nachdem das Oberpräsidium aufgehoben und die Verwaltung des Landes andern Händen anvertraut worden ist, lege ich heute mein Amt nach achtjähriger Verwaltung nieder und sage der wackeren Bevölkerung des Reichslandes ein herzlich willkommen. Ich hinterlasse dem Lande eine regelmäßige und auf allen Gebieten erfolgreiche Verwaltung, Ordnung und Gleichgewicht der Finanzen bei Verminderung der Staatsabgaben und eine politische Betretung, durch welche es sich auf dem rechten Wege weiter helfen kann.

Ich scheide mit dem Bewußtsein, daß mein beständiges Streben, der Bevölkerung den ruhigen Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, gute Früchte getragen hat.

München, 30. Sept. nachmittags. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurden zunächst die Austrittsgesuche der Abg. Horn, Recke und Kraußold genehmigt. Hieran legte der Finanzminister das Budget pro 1879/80 sowie einen Gesetzesentwurf über einen Zuschlag zur Malzsteuer vor. Das bei dem Budget sich ergebende Deficit beträgt 25 Mill., der beantragte Malzsteuerausgleich beträgt 1 M. pro Hektoliter Braumalz. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß das Deficit durch die höheren Zolleinnahmen um 9 Mill. gemindert werden würde und daß der Malzsteuerausgleich bei sofortiger Einführung eine weitere Entlastung des Deficits um 5 Mill. herbeiführen werde. Diese Entlastung des Deficits werde sich auf 3 Mill. verringern, wenn der Malzsteuerausgleich erst am 1. Juli l. J. eingeführt werden sollte. Das Deficit werde sich sonach auf 13 Mill. ermäßigen. Zu dessen Deckung sei eine Vermehrung der directen Steuern nicht zu umgehen, diese werde aber nicht stationär bleiben, da schon in der nächsten Finanzperiode ein höherer Ertrag aus den Zolleinnahmen zu erwarten sei.

Wien, 30. Sept. Wie die Wiener Zeitung meldet, hat der Kaiser in einem Handschreiben vom 27. Sept. dem Fürsten Karl v. Auersperg die von demselben aus Gesundheitsrücksichten wiederholt nachgesuchte Enthebung von den Functionen als Präsident des Herrenhauses gewährt und demselben für die von ihm bewiesene Opferwilligkeit und patriotische Hingebung seinen wärmsten Dank ausgesprochen.

Rom, 30. Sept. Der hiesige österreichische Botschafter Baron v. Haymerle begab sich gestern nach dem Bahnhofe in Mailand, woselbst sich auch der Ministerpräsident Cairoli auf der Durchreise nach Caserta einfand. Beide Staatsmänner hatten daselbst eine längere Unterredung.

Madrid, 30. Sept. Infolge der bereits gemeldeten Beschlagnahme von compromittirenden Schriftstücken bei Disziplin der Armer sind auch in Saragossa mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Paris, 30. Sept. Der Soleil erklärt aus autorisierter Quelle, die Nachricht von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Fürsten Gortschakow mit dem Fürsten Bismarck sei unbegründet. Fürst Gortschakow verläßt erst Ende October Baden-Baden. (S. jedoch unter Deutsches Reich.)

London, 30. Sept. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Simla gemeldet: „Dakka wurde am 29. Sept. wiederhandlos besetzt; in Kabul herrscht Ruhe. General Roberts hatte gestern eine Unterredung mit dem Emir Jakob-Khan; letzterer versprach Hilfe sowie Transportmittel und Proviantvorräthe.“

Sukareff, 30. Sept. Fürst Alexander von Bulgarien ist mittags auf dem Bahnhofe Cotroceni eingetroffen; Fürst Karl mit glänzender zahlreicher

Suite sowie sämtliche Minister waren auf dem Bahnhofe zum Empfange anwesend. Die Begrüßung der beiden Fürsten war äußerst herzlich.

Wien, 30. Sept. Meldungen der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Die griechischen Commissare haben die Weisung erhalten, ihre letzte Erklärung, daß Griechenland die Discussion auf Grund des 13. Protokolls des Berliner Congresses acceptire, aufrecht zu erhalten; dagegen sollen sie die von der Pforte vorgeschlagene Fassung der Declaration, daß Griechenland es acceptire, die Grundlage des 13. Protokolls zu discutiren, ablehnen. — Der englische Botschafter Layard wird am 10. Oct. hier zu Lande erwartet.“

Konstantinopel, 29. Sept. In einer heute unter dem Vorsitz des Sultans stattgehabten außerordentlichen Cabinetssitzung wurde über das Deficit des Budgets berathen. Der Sultan hielt eine längere Rede, in welcher er hervorhob, er habe den befreundeten Mächten das Versprechen gegeben, persönlich über die fiscalischen Reformen zu wachen; er wolle den Credit des Reiches retten und sei daher gegen jedwede äußere oder innere Anleihe; er empfehle vor allen Dingen eine Entwidlung der inneren Hilfsmittel des Landes.

Newyork, 30. Sept. Nach aus Mexico hier eingegangenen Nachrichten ist der Congress am 16. Sept. vom Präsidenten Porfirio Diaz mit einer Botschaft eröffnet worden, in welcher hervorgehoben wird, daß die Beziehungen Mexicos zu den fremden Mächten die freundlichsten seien, und daß insbesondere die Herstellung eines vollen Einvernehmens mit der Nordamerikanischen Union durch keinerlei neue Schwierigkeiten erschwert worden sei. Die finanzielle Lage habe sich gebessert und in der großen Republik herrsche Ruhe und Frieden.

Die Rechtseinheit im Deutschen Reiche.

— Leipzig, 1. Oct. Am heutigen Tage treten bekanntlich die neuen Justizgesetze für das Deutsche Reich allenthalben in Wirksamkeit, und damit ist die Rechtseinheit im Reiche zum größten Theil abgeschlossen und vollendet: formell, d. h. was die Proceßordnungen betrifft, ganz, materiell, neben dem schon seit 1869 einheitlichen Strafrecht und dem zuerst durch Vereinbarungen der Regierungen, dann durch die hinzutretende Reichsgesetzgebung einheitlich gestalteten Handels- und Wechselrecht, auch auf dem so wichtigen Gebiete des Concursrechtes, während allerdings die andern Theile des bürgerlichen Rechtes noch der Gemeinsamkeit und zugleich der zeitgemäßen Umgestaltung harren, welche das in Arbeit befindliche „Bürgerliche Gesetzbuch für Deutschland“ ihnen geben soll. Endlich ist auch, wie dies nicht anders sein konnte, die Gerichtsverfassung eine gemeinsame und gleiche für alle deutschen Staaten geworden (gleichzeitig mit einer all-

Berliner Briefe.

Berlin, im September. Ständen wir nicht unmittelbar vor den Wahlen, so wäre das politische Leben in unserer guten Reichshauptstadt ziemlich gleich Null, zumal der herrliche Spätsommer mit seiner Temperatur, die an die heißesten Tage eines regelrechten Julimonats erinnert, noch nicht dem kühlen Herbst seine Herrschaft abtreten will.

Aber auch die Apathie im berliner Volke gegen alles, was Wahl heißt, ist sehr stark. Das Dreiklassenystem aus der Manteuffel'schen Periode, die wol Demokraten, aber noch nicht die unerbittlichen Intransigenten der rothen Socialdemokratie kannte, war doch eine ganz schlaue Erfindung, die indessen in der Reactionszeit, die der Aera des Fürsten Bismarck voranging, gegen die Regierung ihre Spitze lehrte, indem das wohlhabende Bürgertum sich mehr nach links als nach rechts wandte. Ein Centrum, wie es im Deutschen Reichstage zu Gericht sitzt, kannte man noch nicht in solcher Ausdehnung, wie sie das allgemeine directe Stimmrecht geschaffen hat, es waren zur Zeit der Entstehung dieses die conservativen Interessen erhalten und fördern sollenden Wahlsystems die Parteien noch nicht in so viele größere und kleinere Gruppen getheilt wie jetzt, wo selbst der scharfsinnigste Staatslenker nicht mehr recht weiß, mit welcher dieser Gruppen er es halten soll.

Das lange behauptete Vorrecht, die feste Burg der Fortschrittspartei zu sein, wird Berlin auch diesmal wol nicht fallen lassen; ob seine frühern Vertreter mit denselben glänzenden Majoritäten aus dem Wahl-

kampf hervorgehen werden, ist freilich zweifelhaft, wenn man erwägt, daß die Conservativen in Verbindung mit den Christlich-Socialen einen Volksverein gegründet haben. Dieser Verein hat mehreremal stark besuchte Versammlungen abgehalten, in denen zwar mit vielem die Noth der Zeit ausbeutendem Geschick, aber doch mit wenig christlicher Liebe die Judenfrage (als ob wir in Rumänien lebten!) aufs Tapet gebracht und die, ich kann es nicht leugnen, gegen die berliner Juden (es sind jetzt ihrer 45000 in Berlin, die eine enorme Geldmacht repräsentiren) ziemlich erbitterte Stimmung des Volkes ausgenutzt ward.

Als ein wahrhafter Herold des christlich-socialen Staates (den übrigens niemand mehr haßt als der richtige Socialdemokrat) tritt der Hofprediger Stöder in die Schranken, der als Verkündiger der christlichen Liebe und Duldung allerdings eine sehr schwere Stellung hat, wenn er die Juden nicht in ihrem Glauben, sondern als rücksichtslose Geldmacht, der alle Mittel recht sind, wenn sie nur nicht gegen das geschriebene Gesetz verstoßen, angreifen will. In seiner Wahlschrift: „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“, vermeidet er mit sorgfältigster Dialektik jeden Angriff auf das Judentum als religiöse Körperschaft, aber er gibt ihm mit der salbungsvollsten Miene von der Welt doch scharfe Hiebe, worüber die unter jüdischem Einfluß stehenden Blätter in Wuth gerathen.

In einer von diesen christlich-socialen Versammlungen kamen auch als Gegner dieser so ganz eigenartigen Stöder'schen Philippiken zwei Juden zum Wort, die ganz vernünftige Ansichten vorbrachten, auch manchen Beschlagnahmen, die das Volk in Betreff der

ausgebeuteten Nothlage den Juden in die Schuhe schiebt, gerade nicht unrecht gaben. Ich muß nun für meine Person gestehen, daß ein solches Gezänke zwischen Christen und Juden, namentlich wenn ein christlicher Geistlicher sich zum Organ solcher Zänkereien macht, höchst unerquicklich, übrigens damit dem wohlgefüllten Beutel des ausgewählten Volkes auch nicht bezukommen ist. Es ist wahr, die national-liberale Aera hat das Judentum an Macht und Einfluß sehr gefördert, aber es darf auch nicht gelengnet werden, daß die berliner Juden nicht allein an der Börse und in der Presse ein rühriges Volk sind, das seinen Proßt gründlich versteht, sondern auch dem berliner Gemeinwohl tüchtige und uneigennütige Männer gestellt haben, und daß wir für ein solches einträchtiges Zusammenwirken vorurtheilsofer Christen und Juden doch der Toleranz unserer vorwärts strebenden Zeit nur dankbar sein können.

Weshalb also die so schon genug erbitterte Stimmung noch verschärfen? Den Juden wird dadurch ihr Geld nicht abgenommen. Wer von den christlichen Männern so thöricht ist, die Goldene 110 in der Leipziger Straße aufzusuchen und seine Garberobe zu Schleuderpreisen renoviren will, wer auf die faulen Verse, mit welchen Dr. Cohn besagte Goldene 110 tagtäglich anpreist, etwas gibt, statt zu einem realen christlichen Schneidermeister zu gehen, dem ist nur dadurch zu helfen, daß er durch Schanden klug wird.

Wenn der Handel von Juden ausgebeutet wird und der Handwerker, der für die Judenbazar's Kleider und Stiefel liefert, kaum das liebe Brot verdienen kann und schlecht arbeiten muß, weil die Preise lächer-